

Am 16. Mai 1990 faßte der Ministerrat den "Beschluß über weitere Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) ergeben".

In diesem Beschluß ist festgelegt, daß zur Vorbereitung grundsätzlicher Entscheidungen unter der Leitung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten und Ministers des Innern eine Regierungskommission zu berufen ist.

Diese Regierungskommission ist heute zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Sie wird sich regelmäßig treffen und sich auch an die Öffentlichkeit wenden. Sie tritt für vollständige Aufklärung aller Verbrechen der ehemaligen Staatssicherheit sowie die endgültige Auflösung all ihrer Strukturen ein. Das ist vordringlichstes Anliegen dieser Kommission.

Die Mitglieder verstehen sich in ihrer Gesamtheit als Beauftragte der Regierung, aller politischen Kräfte und Bürger in unserem Land, die für Demokratie und die Wahrung der Würde unserer Menschen eintreten, die nicht wollen, daß eine Mauer des Schweigens und des Mißtrauens unser Volk erneut auseinanderreißt.

Die Aufarbeitung dieses Kapitels unserer jüngsten Geschichte verlangt von uns allen Mut zur vollen Offenheit und Ehrlichkeit; verlangt die vollständige Rehabilitierung der Opfer; verlangt die Bestrafung der Schuldigen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen, nicht aber nach Gefühlen der Rache.

Dafür werden wir mit ganzer Kraft dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister des Innern, Dr. Peter-Michael Diestel, beratend zur Seite stehen.

Berlin, 30. Mai 1990